
Im Brennpunkt

Ulrike Sommer

Mainz und Southampton - Die Spaltung der Weltarchäologie? Der 11. Weltkongreß der UISPP

Abriß der Ereignisse

Auf der Tagung der UISPP (Union internationale des sciences préhistoriques et protohistoriques) 1981 wurde festgelegt, daß der nächste Weltkongreß 1986 in Southampton/Großbritannien stattfinden sollte.

Vom Ständigen Rat (Conseil permanent) der UISPP hatte das für die Planung des Kongresses allein zuständige Nationale Komitee den speziellen Auftrag erhalten, 1986 eine wirklich internationale Konferenz, unter besonderer Berücksichtigung der Länder der Dritten Welt zu organisieren. Es zeigte sich aber bald, daß eine breite internationale Beteiligung nicht zu realisieren war, wenn Delegationen aus Südafrika und Namibia am Kongreß teilnahmen.

Zahlreiche schwarzafrikanische Länder drohten mit Boykott, auch der Stadtrat von Southampton und der dortige ASTA lehnten es ab, den Kongreß im Falle einer Teilnahme von südafrikanischen und namibischen Wissenschaftlern zu unterstützen. Da die Stadt bedeutende Finanzmittel und, zusammen mit dem ASTA, auch die Räumlichkeiten für die Tagung sowie Übernachtungsmöglichkeiten zur Verfügung stellte, war damit die Finanzierung und Organisation des Kongresses in Frage gestellt.

Es wurde deutlich, daß sich in jeder Stadt Großbritanniens dieselben Einsprüche regen würden. Dem Organisationskomitee blieb nur die Wahl zwischen einem völligen Verzicht auf die Durchführung des Kongresses oder der "Ausladung" der Südafrikaner.

Die Entscheidung des Organisationskomitees fiel hauptsächlich aus pragmatischen Gründen: Man hielt den Kongreß insgesamt für wichtiger als die Frage der südafrikanischen Beteiligung. Es wurde aber auch zum Ausdruck gebracht, daß sich Südafrika mit dem Apartheid-Regime außerhalb aller normalen Vorschriften und Regeln stellt.

Somit wurde einstimmig beschlossen, den Weltkongreß ohne Südafrika abzuhalten. Man war sich darüber im klaren, daß man damit gegen die Statuten der UISPP verstieß, in denen es auf Seite 3 heißt: "L'UISPP a pour des buts de promouvoir les études préhistoriques et protohistoriques par l'organisation de congrès internationaux des sciences préhistoriques et protohistoriques, ... et, en général, par la collaboration de savants de tous les pays à des entreprises pouvant contribuer à l'avancement des sciences préhistoriques et protohistoriques."

Der vielzitierte Satz, daß "alle bona fide Wissenschaftler zu den Treffen (der UISPP) zugelassen werden sollen, unabhängig von Nationalität, philosophischer Überzeugung und religiösem Glauben" stammt nicht aus den Statuten der UISPP, sondern aus einem Brief ihres Generalsekretärs, besitzt also keinerlei bindende Wirkung. Nachdem die Südafrikaner und der namibische Wissenschaftler eingeladen worden waren, wurde eine Sondersitzung des Exekutivkomitees der UISPP einberufen, in der das Nationale Organisationskomitee ultimativ aufgefordert wurde, seine Entscheidung zurückzuziehen. Andernfalls werde dem WAC (World Archaeological Congress) der Status eines offiziellen Kongresses entzogen, was dann auch geschah. Prof. K. Böhner bot daraufhin Mainz als Tagungsort an, was angenommen wurde.

Was geschah in Southampton?

Der WAC fand vom 1. bis 6.9.1986 statt. Mehr als 1.000 Wissenschaftler aus über 80 Nationen nahmen daran teil, viele von ihnen aus Ländern, die noch nie zuvor einen Delegierten zum Weltkongreß entsandt hatten. Auch Organisationen nationaler Minderheiten waren vertreten. Das war ein Resultat der Bemühungen der Organisatoren um Finanzmittel, mit denen Teilnehmern aus Ländern der Dritten Welt die Anreise ermöglicht werden konnte (daher auch die hohen Kongreßgebühren), und zum anderen der Themenauswahl, die sich weniger auf die traditionelle regionale und chronologische Aufteilung der einzelnen Sektionen als auf umfangreiche Fragestellungen konzentrierte. Darüber hinaus suchte man die Diskussion gegenüber den Vorträgen zu verstärken.

Von der überwiegenden Mehrheit der Teilnehmer wurde der WAC als ausgesprochen Erfolg bezeichnet.

Der Kongreß in Mainz

Ausgesprochenes Ziel des Mainzer Kongresses ist es, auch Wissenschaftlern ("bona fide") aus Südafrika und Namibia die Teilnahme zu ermöglichen - im Sinne der akademischen Freiheit.

Der Kongreß ist, soweit man das dem vorläufigen Programm entnehmen kann, wieder entlang traditioneller Linien organisiert, die einzelnen Sektionen nach zeitlichen und räumlichen Gesichtspunkten aufgegliedert, wobei das Schwergewicht auf Europa liegt. Übergreifende Themen werden kaum angesprochen.

Akademische Freiheit

Als Argument gegen den Ausschluß Südafrikas wird hauptsächlich das Prinzip der akademischen Freiheit angeführt. Diese akademische Freiheit wird von keinem Gremium garantiert, sie muß von den Wissenschaftlern selbst erreicht und aufrechterhalten werden. Insofern ist sie nicht nur ein Recht, sondern auch eine Verpflichtung. In Südafrika werden diese Regeln der akademischen Freiheit flagrant verletzt. Soll das Vorgehen eines solchen Staates durch Prinzipien geschützt werden, an die er sich selbst nicht hält, oder ist es nicht vielmehr die Pflicht aller Wissenschaftler, ge-

gen ihn Sanktionen durchzuführen? Wenn es uns um die akademische Freiheit ernst ist, müssen wir als Wissenschaftler in unserer Einflußsphäre gegen die südafrikanische Politik aktiv werden und das nicht nur den Politikern überlassen. Das ist keine Einmischung der Wissenschaftler in fremde Gebiete, sondern eine Aktion in eigener Sache.

Bedauerlicherweise sind oft Personen, die sich gegen Apartheid einsetzen (was nur unter beträchtlichem persönlichen Risiko möglich ist), vom Boykott gegen südafrikanische Wissenschaftler betroffen. Das Organisationskomitee in Southampton hat mehrfach betont, daß sich die Boykottmaßnahmen nicht gegen die Person einzelner Wissenschaftler, sondern das Apartheid-Regime richtet. Es ist nämlich nicht zu übersehen, daß jede Teilnahme südafrikanischer Wissenschaftler auf einer internationalen Veranstaltung einen großen Propagandaerfolg für das Regime in Pretoria bedeutet. Sie erlangt im Land weite Publizität um zu beweisen, daß das System der Apartheid eben doch nicht weltweit isoliert ist, was gerade jetzt, wo Boykottmaßnahmen in anderen Gebieten durchgreifender werden, stabilisierend wirkt.

Jeder Südafrikaner, dem es wirklich ernst ist mit dem Kampf gegen Apartheid, muß Boykottmaßnahmen, auch wenn sie ihn persönlich treffen, also eigentlich begrüßen; ja von sich aus darauf verzichten, an Veranstaltungen, die zu Propagandazwecken ausgeschlachtet werden können, teilzunehmen.

Nun ist es zugegebenermaßen leicht, solche Forderungen zu erheben. In Frankfurt protestiert es sich einfacher gegen Apartheid als in Johannesburg. Um so mehr müssen wir die Möglichkeiten ausschöpfen, die uns im Kampf gegen ein Regime, das alle Menschenrechte mißachtet, zur Verfügung stehen.

Wissenschaftliche Unabhängigkeit

Die Ansicht ist weit verbreitet, daß sich Forscher nicht um Politik oder überhaupt gesellschaftliche/ideologische Probleme kümmern, sondern nur streng nach harten Fakten forschen sollen, um so eine "objektive Wissenschaft" zu gewährleisten. Eine solche Wissenschaftsauffassung lehnt auch jede Diskussion über Südafrika und Apartheid ab, da das nicht in unser enges Forschungsgebiet fällt.

Jede Interpretation, schon jede Auswahl von Fakten erfolgt aus der Weltanschauung des Forschers heraus. Je weniger dieser sich das eingesteht, sich für ideologiefrei und unpolitisch hält, um so mehr öffnet er die Tür zur Ausbeutung dieser vorgeblich "wertfreien" Erkenntnisse für explizit politische Ziele. Wir können die Augen nicht verschließen vor den Auswirkungen unserer Forschungen. Gerade das Fach Ur- und Frühgeschichte wurde immer wieder in den Dienst der Politik gestellt, sei es im deutschen Nationalsozialismus zur Begründung rassischer Überlegenheit, sei es in Zimbabwe, um den europäischen Ursprung der Ruinen von Groß-Simbabwe zu beweisen.

Wir beschäftigen uns mit der Entwicklung der menschlichen Kultur. Unsere Ergebnisse haben also auf jeden Fall Auswirkungen auf die Interpretation der Gegenwart. Die Ur- und Frühgeschichte ist also

ein eminent politisches Fach. Genauso, wie die Gesellschaft auf uns einwirkt, uns bestimmte Fragestellungen und Forschungsrichtungen nahelegt, Ideologien anerzieht oder vorschreibt, wirken wir wieder auf die Gesellschaft zurück. "Unabhängige Wissenschaft" kann es so gesehen nicht geben. Wissenschaft muß frei von äußerem Zwang sein, darf aber nicht frei von jeder Beziehung zu der sie tragenden Gesellschaft sein.

Die Wissenschaftler haben sich noch nie gescheut, von der Gesellschaft Gelder für ihre Forschung anzunehmen (und zu fordern), daher können sie nicht jede gesellschaftliche Verantwortung für ihre Tätigkeit zurückweisen.

Die Organisation der UISPP

Die UISPP wurde 1931 in Bern als Dachorganisation für alle mit der Ur- und Frühgeschichte befaßten Wissenschaftler gegründet.

Ihre wichtigsten Gremien sind:

1. Die **Generalversammlung** (Assemblée générale) besteht aus allen auf einem Weltkongreß Anwesenden. Sie wird vom Präsidenten über alle wichtigen Entscheidungen des Vorstandes informiert und ratifiziert dessen Beschlüsse, hat aber sonst auf die Politik der UISPP keinerlei Einfluß.

2. Der **Ständige Rat** (Conseil permanent, CP) ist das Hauptorgan der UISPP. Seine Mitglieder wurden ursprünglich 1931 gewählt, seitdem ergänzt sich das Gremium durch Kooptation (Zuwahl eines Mitglieds durch die Mitglieder einer Versammlung). Jedes Land hat Anspruch auf vier Vertreter, die von der betreffenden Regierung oder den Mitgliedern des CP vorgeschlagen werden können. Es muß sich dabei um professionelle Urgeschichtler handeln. Der Ständige Rat wählt das Exekutivkomitee (s.u.), den Präsidenten des nächsten Weltkongresses (und dessen Veranstaltungsort), den Generalsekretär und überwacht seine Amtsführung sowie die des Exekutivkomitees.

Viele Länder, besonders der Dritten Welt, besitzen keine oder weniger als vier Vertreter im CP. Andere gewählte Mitglieder wissen überhaupt nicht von ihrer Funktion.

3. Das **Exekutivkomitee** (Comité exécutif, CE) ist das eigentliche Entscheidungsorgan der UISPP. Es besteht aus 15 Mitgliedern, darunter der Präsident und der Generalsekretär, die vom Ständigen Rat aus seinen Mitgliedern gewählt werden. Seine Aufgabe ist es, die Tradition der UISPP zu wahren und ihre Aktivitäten im Rahmen der Statuten zu gewährleisten.

4. Das **Büro** besteht aus Präsident und Generalsekretär; es führt zwischen den Sitzungen des Exekutivkomitees die laufenden Geschäfte.

5. Das **Nationale Komitee** ist mit der Planung und Durchführung eines Weltkongresses beauftragt. Es besteht aus den CP-Delegierten des betreffenden Landes, die andere Wissenschaftler kooptieren können. Sein Präsident und Generalsekretär werden durch das Exekutivkomitee bestimmt. Dieses Nationale Komitee bestimmt selbständig über die Durchführung des Weltkongresses. Es ist für die

Publikation der Kongreßakten verantwortlich und muß vor allen Dingen die Finanzierung nicht nur des Kongresses selbst, sondern der gesamten Verwaltung des UISPP sowie deren Mitgliedsbeiträge an die der UNESCO affilierten Organisationen sicherstellen, d.h. diese Kosten werden von dem gastgebenden Land getragen.

Da der Veranstalter eines Kongresses großen Einfluß auf die Politik der UISPP hat, er aber auch für hohe Kosten aufkommen muß, ist klar, warum die "Weltarchäologie" durch die westlichen Industrienationen beherrscht wird. Nur formell haben alle Nationen die gleichen Möglichkeiten, einen UISPP-Kongreß abzuhalten. Bis jetzt fanden von den elf Weltkongressen zehn in Europa statt, davon einer (und voraussichtlich ein zweiter) in der Bundesrepublik Deutschland, während ca. 390 Länder unberücksichtigt blieben. Auch die Sitzungen von CP und CE werden größtenteils in Europa abgehalten. Die Beteiligung von Nichteuropäern ist damit von vornherein erschwert bzw. unmöglich gemacht. (So waren auf der Sitzung des CE, die dem Kongreß in Southampton die Unterstützung der UISPP aberkannte, nur Europäer und Nordamerikaner anwesend.)

Solange die Organisation der UISPP unverändert ist, kann es keine Weltarchäologie im Sinne der Repräsentation aller Länder geben.

Spaltung der Weltarchäologie?

Das auf dem Weltkongreß gebildete Lenkungs-komitee (steering committee) erhielt auf der abschließenden Plenarsitzung des Kongresses das Mandat, mit der UISPP zwecks Änderung ihrer Satzungen zu verhandeln. Die Hauptforderungen dabei waren: mehr Mitsprachemöglichkeiten für Angehörige nichteuropäischer Länder, Behandlung von Themen internationalen Interesses auf den Weltkongressen, Demokratisierung der Statuten und Struktur der UISPP durch formelle Mitgliedschaft für alle praktizierenden Wissenschaftler, Organisationen und Studenten sowie die Bildung eines gewählten Exekutivkomitees mit zeitlich begrenztem Mandat, Einrichtung eines ständigen Sekretariats und die Einführung von Mitgliedsbeiträgen, um der UISPP eine eigene finanzielle Basis zu verschaffen.

Um eine Änderung der Statuten der UISPP zu erreichen, bedarf es sowohl der Zustimmung des Ständigen Rats als auch des Exekutivkomitees. In Anbetracht der Struktur dieser Gremien ist es mehr als fraglich, ob diese einen Vorschlag, der ihre bisherige absolute Stellung angreift, annehmen werden. Sollte es dem Lenkungs-komitee nicht gelingen, die UISPP zu einer Änderung ihrer Haltung zu bewegen (und bis jetzt hat sie Gespräche strikt abgelehnt), dann hat dieses den Auftrag, Schritte zur Gründung einer neuen archäologischen Weltorganisation zu unternehmen.

Damit wäre die Weltarchäologie effektiv gespalten in das kontinentale Westeuropa und die USA (und Südafrika natürlich) auf der einen, die Blockfreien Staaten, die meisten Entwicklungsländer und den Ostblock auf der anderen Seite, also im Prinzip entlang der Linien des Nord-Süd-Konfliktes.

Außerdem stände auf der einen Seite die eher traditionelle, etablierte Archäologie (wozu man inzwischen auch Teile der amerikanischen "new archaeology" rechnen kann), auf der anderen die we-

niger material- als theorie- und problemorientierte Archäologie, wie sie sich auf dem Kongreß in Southampton vorstellte.

Sollte eine solche Spaltung stattfinden, dann wäre nicht die UISPP der Sieger. Sie ist zwar fest etabliert, aber ihre gesicherte Position kann dann nicht dem Prozeß der allmählichen geistigen Austrocknung in bewußter Isolation von allen Problemen der "Außenwelt", in der akademischen Freiheit des Elfenbeinturms, entgehen.

Ein Versuch der Schuldzuweisung für diese Spaltung ist sinnlos. Die Südafrika-Frage, so wesentlich sie ist, wird in diesem Zusammenhang bedeutungslos. Southampton warf lediglich durch die hohe Beteiligung der Dritten Welt Probleme auf, die allzulange unter den Tisch gekehrt wurden. Südafrika war nur der Stein des Anstoßes. Der Konflikt war unvermeidlich. Jetzt kommt es nur darauf an, wie wir ihn lösen. Bei einer Spaltung entlang der eben beschriebenen Linien wird, auf lange Sicht gesehen, auf jeden Fall die europäische Archäologie den Kürzeren ziehen.

Literatur

Edited Version of the plenary session of the World Archaeological Congress held in the Guildhall, Southampton, England on 6th September 1986 (Southampton 1986).

E. Große-Detringhaus, Erziehung und Bildung in Südafrika. Bonn 1978.

B. Schmidt u. A. Meister, Von Southampton nach Mainz. Mainz 1987.

C. Sodemann, Die Gesetze der Apartheid. Bonn 1986.

World Archaeological Bulletin 1, 1987. Southampton.

Weitere Informationen bei (möglichst Rückporto beilegen):

NUNC EST DISPUTANDUM

Seminar für Vor- und Frühgeschichte

Arndstraße 11, 6000 Frankfurt 1

Ulrike Sommer

Seminar für Vor- und Frühgeschichte

Arndstraße 11, 6000 Frankfurt 1

